



Es bleibt viel zu tun

Die Covid-Pandemie hat die Welt weiterhin fest im Griff. Während die Krise die Armen am härtesten trifft, erreichen die Vermögen der Superreichen neue Sphären. Zugleich werden Angriffe auf die sozialen Errungenschaften gefahren.

Die Folgen der Pandemie treffen die Ärmsten am Stärksten. Gerade an der Impfstoffverteilung zeigt sich dies deutlich: Die reichsten Länder, in denen 16 Prozent der Weltbevölkerung leben, haben 70 Prozent der Impfstoffe aufgekauft. Die Wirtschaft in den imperialistischen Zentren, zu denen wir hier in der Schweiz auch gehören, am Laufen zu halten, hat Priorität. Ganz im Gegensatz zu Massnahmen, welche die Pandemie weltweit stärker eindämmen könnten. Ein solches Mittel, um das Virus schneller und effizienter zu bekämpfen, läge beispielsweise mit der Aufhebung der Patente an den Impfstoffen auf der Hand. Doch, das geistige Eigentum der Konzerne bleibt unter kapitalistischen Verhältnissen unantastbar. Profit vor Menschenleben heisst der Grundsatz.

Die Profiteure der Krise

Die Armen müssen die Krise ausbaden. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich weiter. Auf der einen Seite müssen während der Pandemie diejenigen in der Schweiz, die ein Einkommen von bis zu 4000 Franken pro Monat haben, durchschnittlich Lohn-einbussen von 20 Prozent hinnehmen.



Andererseits nahm das Vermögen der 300 Reichsten in der Schweiz im Jahr 2020 um fünf Milliarden zu. Ebenso wie in der Schweiz nahm auch die weltweite Ungleichheit zu. Die Anzahl der Menschen, welche vom Hungertod bedroht sind, hat sich seit Beginn der Pandemie auf 520 000 versechsfacht. Es bräuchte nur ein Bruchteil des Vermögens der Reichsten, um den Hungernden zu helfen. Die Weltelite hat aber andere Prioritäten als eine Krise, von der sie sowieso nichts spürt, ja gar profitiert. So konnten die 2365 Milliardäre auf dem Planeten ihr Vermögen innerhalb eines Jahres (März 2020 bis März 2021) gar um sagenhafte 54 Prozent steigern.

Für Grosskonzerne wird der Beutel gelockert

Genügend Geld für eine angemessene Pandemie- und Krisenbekämpfung wäre eindeutig vorhanden. Lösungsansätze auch: Wir fordern bereits seit dem Frühjahr 2020 eine einmalige «Corona-

Solidaritätsabgabe» von zwei Prozent auf Vermögen ab drei Millionen zur Unterstützung von Arbeiter*innen, Familien und Kleinunternehmen. Doch die Politiker*innen in den eidgenössischen Räten machen weiterhin Klassenpolitik gegen unten. Statt die Milliardengewinne der Grosskonzerne anzutasten, attackieren sie die sozialen Errungenschaften der Arbeiter*innenbewegung. Zwei Jahre sind seit dem Frauen*streik vergangen, doch statt Gleichstellungsmassnahmen beschloss das Parlament, dass die Frauen* länger arbeiten sollen. Unvermindert wird die Abbau- und Sparpolitik der letzten Jahrzehnten zu Lasten der Arbeitenden und Armen fortgesetzt. Für die Grosskonzerne allerdings wird der Geldbeutel gerne gelockert: Durch die Abschaffung der Stempelsteuer sollen ihnen weitere Millionen geschenkt werden. Es bleibt viel zu tun, liebe Genossinnen und Genossen.



Parteileben

Der Parteitag der PdAS, Freihandelsabkommen und Vietnam waren die Themen der Mitgliederversammlungen (MV), während die Jahresversammlung (JV) die Teilnahme an den Gemeinderatswahlen vom Februar 2022 beschloss. Die Anlässe fanden per Videokonferenz statt. Genauso wie der Lesezyklus der AG Bildung und die wöchentlichen Sitzungen des Parteivorstands (PV).

1. März: Abkommen mit Indonesien

Kurz vor der Abstimmung über das Freihandelsabkommen der EFTA-Staaten (und somit auch der Schweiz) mit Indonesien wurde das Thema an der MV aufgenommen und von zwei Seiten aus beleuchtet: Mathias Stalder, Sekretär der Gewerkschaft Uniterre, berichtete ausführlich über die Situation vor Ort und die Auswirkungen des Abkommens. Stalder und Uniterre stehen schon lange in Kontakt mit Organisationen in Indonesien. Er konnte so ein sehr gutes Bild der Kämpfe und des Widerstands gegen das Abkommen vermitteln. Genosse Siro der PdAZ hingegen thematisierte grundsätzlich die Freihandelsabkommen, die er so auf den Punkt brachte: «Sie sind die modernen Waffen des Imperialismus». Die MV fand wegen der Pandemie online statt und wurde von rund 25 Genoss*innen mitverfolgt.



17. April: Jahresversammlung

Die JV unserer Sektion fand am 17. April virtuell statt. Auch aus diesem Grund beschloss der PV, die JV möglichst schlank zu halten. Die JV nahm die Jahresrechnung 2020 an, die mit einem Plus von rund 3000 Franken abgeschlossen werden konnte. Zum ersten Mal in der bald 80-jährigen Geschichte unserer Sektion fanden die Wahlen der Instanzen online statt. Neu in den PV wurde Genosse Nils gewählt und als Sekretär Genosse Harald einstimmig bestätigt. Bravo!

Neben dem statutarischen Teil waren die Gemeinderatswahlen in der Stadt Zürich vom Februar 2022 Thema an der JV. Harald stellte einen groben Fahrplan, sowie die Gründe, Sinn und Zweck unserer Teilnahme vor. Der Antrag des PV an den Wahlen für den Gemeinderat der Limmatstadt teil-

zunehmen, wurde mit grossem Mehr angenommen. Somit wurde auch das Wahlbudget von der JV gutgeheissen. Darin ist eine 20 Prozent-Stelle ab Juli für die Wahlkoordination vorgesehen.

10. Mai: Vietnam

Beleuchtet wurde an dieser MV die Doi Moi-Politik Vietnams, um die aktuellen Entwicklungen im Land besser zu verstehen. Dazu trug Genosse Marius einen sehr informativen Vortrag zu den aktuellen Marktrefor-men der sozialistischen Republik vor. Obwohl Vietnam den Krieg auf dem Schlachtfeld der Geschichte gewann, hält der imperialistische Druck der USA und anderer kapitalistischen Nationen an. Mit Blick auf die Geschichte und die aktuelle Politik wurde aufgezeigt, wie die Kommunistische Partei Vietnams (KPV) einen eigenen Weg

zum Sozialismus beschreitet. Auch diese spannende MV fand virtuell statt und wurde sehr gut besucht.

7. Juni: Kongress der PdAS

Schwerpunkt der Juni-MV war die Vorbereitung auf den Parteikongress vom 6. und 7. November in Monthey. Die Arbeitsdokumente einer Gruppe von Genoss*innen wurden in der letzten Ausgabe der PdAZeit vom Februar 2021 vorgestellt. Diese wurden unterdessen überarbeitet und den Sektionen zur Vernehmlassung zugestellt, wobei das Papier «Kapitalismus in der Schweiz» von der vorbereitenden Arbeitsgruppe zurückgezogen wurde. An der Zürcher MV war die Sprache des Papiers Hauptgegenstand der Interventionen unserer Mitglieder. Ist es noch zeitgemäss, von

Proletarier*innen zu sprechen? Fühlt sich unser Zielpublikum so angesprochen? Die Sprache unserer Dokumente muss modern, präzise und schnörkellos sein. Inhaltlich sollen keine Abstriche gemacht werden. Eine moderne Sprache fördert letztlich auch die Verständlichkeit der Inhalte der alten Papiere. Diskutiert wurde auch über unsere Position den Social Medias gegenüber. Angeprangert wurde der Datenklau für kommerzielle Anliegen, das Berieseln mit Werbung. Andererseits wurde betont, dass man heute mit den Sozialen Medien sehr viele, vorab junge Menschen erreichen kann. Konsens wurde, dass wir für die Social Media keine Werbung machen sollen.

Moniert wurde schliesslich, dass in den vorliegenden Texten zwar über unser Verhältnis zur KJ (Kommunistische Jugend) gesprochen wird, aber nicht ausdrücklich erwähnt wird, dass dieser Parteibeschlüsse sie betreffend, zu kommunizieren sind.

Was macht der PV?

Er traf sich in der Regel wöchentlich virtuell. Als eine Präsenz im Seki von mehreren Personen wieder möglich war, wurde eine Art «Mischform» eingeführt: Wer wollte und konnte, kam ins Seki. Wer nicht nahm über Videochat an den Sitzungen teil.

Ein ständiges Thema im PV sind die Gemeinderatswahlen vom Februar 2022. Kandidierende werden gesucht und ein erster grober Fahrplan ausgearbeitet. Überflüssig zu unterstreichen, dass die Wahlen auch in Zukunft ein Schwerpunkt sein werden.

Da einige Genoss*innen in verschiedenen Bündnissen (für die Aktivitäten rund um den 8. März und den 14. Juni, Strike for Future, Solikomitee rund um den Aufruf Zero Covid, Worker for Future) aktiv waren, nahm diese wichtige Arbeit den nötigen Platz an den PV-Sitzungen ein. Ausgewertet wurde auch die Umfrage, die wir unter den Mitgliedern durchgeführt hatten. Selbstkritisch muss dazu festgehalten werden, dass wir eine Zusammenfassung der Umfrage noch nicht präsentiert haben. Die Auswertung führte unter anderem dazu, dass der PV sich ausführlich mit der Frage der Betreuung von Neumitgliedern befasste – und weiterhin befasst.

Dann nicht zu vergessen das «tägliche Geschäft», wie etwas das Vorbe-

reiten der Mitgliederversammlungen und der Jahresversammlung. Auch die ganzen Aktionen, die wir durchführen oder daran teilnehmen, sind mit Vorbereitungsarbeiten verbunden. Ab Mitte März befasste sich der PV auch mit der Organisation der Anlässe rund um den 1. Mai. Weiter wurden zwei Flugblätter realisiert, das eine zur landesweiten Kampagne für eine Solidaritätsabgabe für Corona-Opfer und das andere zum Thema Rassismus. Ein 14-tägliche Newsletter mit Glossen zu Zürich (immer auch auf pdazuerich.ch zu lesen) wurde beschlossen. Und die von der MV verabschiedeten neuen Mitgliederbeiträge wurden umgesetzt.

Die internationale Solidarität ist auch immer wieder Thema im PV: In verschiedenen Städten dieser Welt finden jeweils am 17. des Monats Solidaritätskundgebungen für Cuba und gegen

die Blockade statt. Dies soll in Zukunft auch in Zürich so sein, und zwar mit Unterstützung der Vereinigung Schweiz-Cuba.

Langweilig wurde es dem PV in den letzten Monaten nicht.

AG Bildung

Sie fand in der Regel alle 14 Tage online statt. Gelesen und besprochen wurde das Buch «Revolutionäre Strategie in nichtrevolutionären Zeiten» des deutschen Kommunisten Willi Gerns. Sobald ein neuer Lesezyklus der AG Bildung geplant ist, werden wir dies über E-Mail ankündigen. Und einfach zur Erinnerung: An den Abenden der AG Bildung können alle teilnehmen, ein Vorwissen ist nicht erforderlich...!

MARCO MEDICI UND
SIRO TORRESAN

den
vorwaerts.ch/abo
 vorwärts
 oder auch
 kannst
 deinen freunden
 du dir
 und kollegen
 schenken

Aktivitäten und Aktionen

Natürlich schränkten die Massnahmen gegen die Pandemie das politische Handeln und Leben ein. Trotzdem war unsere Sektion in den letzten Monaten sehr aktiv...



8. März: Internationaler Frauen*tag

Am Wochenende rund um den 8. März hatten FLINT-Organisationen (Frauen, Lesben, Inter Menschen, Nicht-binäre Menschen und Trans) einen Politparcours organisiert. Dieser diente zur Aufklärung, Schutz und Prävention vor Gewalt, Sexismus und Rassismus. Auch unsere Sektion hatte dazu aufgerufen, am Parcours teilzunehmen. Obwohl die geltenden Covid-Schutzmassnahmen eingehalten wurden, verhinderte die Polizei mit einem massiven Aufgebot und Repression die Teilnahme am Parcours. Bei den teilweise brutalen Einsätzen der Polizei wurden Aktivist*innen verletzt. Dies alles geschah am Samstag, den 6. März. Als Antwort auf diese Repression organisierten Genossinnen der Sektion für Montag, 8. März, eine Sitzblockade vor der Urania-Polizeiwache, an der rund 50 Aktivist*innen teilnahmen. Danach fand noch eine Demo im Kreis 4 statt und auf dem Kanzleiareal wurden Transparente aufgehängt.

1. Mai: Internationaler Tag der Arbeit

Auch dieses Jahr fielen bekanntlich der 1. Mai-Umzug und das Volksfest auf dem Kasernenareal der Pandemie zum Opfer. Also haben wir kurzerhand das Sekretariat zu einem Treffpunkt umgewandelt mit feinem Essen und Getränke. Es wurde zu einem vollen Erfolg. Im Verlauf des Nachmittags bis zum Abend fanden sich mehr als 100 Leute im altherwürdigen PdAZ-Seki an der Rotwandstrasse ein. Und ja, ganz immer konnten wir die Covid-Massnahmen nicht einhalten (nicht mehr als 15 Personen in einem Raum). Es sei uns für einmal verziehen. Nicht zu vergessen auch die Grussbotschaft unserer Sektion, die am Morgen des 1. Mai von Radio Lora ausgestrahlt wurde. Und am 2. Mai fand im Rahmen des Programms des 1. Mai-Komitees unser Webinar «Che und der Sozialismus, mit Blick auf die Cuba von heute und die internationale Solidarität» statt, das wir zusammen mit der Vereinigung Schweiz-Cuba und mediCuba-Suisse organisierten.

Nie wieder Faschismus

Am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg in Europa und mit ihm auch die Barbarei des Faschismus, die Millionen von Menschen ermordete. Zum 76. Jahrestag der Befreiung gab es eine kleine Transpiaktion.

Strike for Future

Am 21. Mai stand wieder das Klima im Mittelpunkt. Es galt daran zu erinnern, dass trotz Pandemie das Klimaproblem nach wie vor vorhanden ist! Obwohl es buchstäblich aus Kübeln goss, war unsere Sektion gut sichtbar an der Demo am Abend präsent. Eine Genossin vertrat die Sektion im Bündnis, das die Demonstration in Zürich organisierte.

Gegen das PMT

Eine kleine Transpi-Aktion führten wir auch gegen das «Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus» (PMT). Das Gesetz wurde dann im Juni an der Urne vom Schweizer Stimmvolk angenommen. Das Transpi spielt darauf an, dass das PMT auch Klimaktivist*innen treffen kann. Ein konkretes Beispiel dazu: Ende Mai liess der Bund Razzien bei Klimaaktivist*innen durchführen. Der Grund: Ein offener Brief, der dazu aufrief, Militärdienst zu verweigern. Mehrere Aktivist*innen wurden auf Basis extrem vager Indizien, dass sie etwas mit dem Brief zu tun haben könnten, auf den Posten mitgenommen und Stunden lang befragt.

Carestreik

Zwei Jahre nach dem historischen Frauen*streik wurde dieses Jahr schweizweit zum Carestriker mobilisiert. Die Demo in Zürich fand am 13. Juni statt. Verschieden Genoss*innen unserer Sektion waren im Bündnis aktiv, das die verschiedenen Aktionen und die Demo am Abend in Zürich vorbereiteten. Bereits am Nachmittag schmückte unser Transpi das Gelände des Kanzleiareals.

Gesundheit vor Profit

Mit einer gut sichtbaren Beteiligung von Genoss*innen unserer Sektion fand am 19. Juni die Demo «Gesundheit vor Profit» statt. Die Hauptforderung war dabei bessere Arbeitsbedingungen in Gesundheitswesen. Organisiert wurde sie von einem breiten Bündnis, in dem wir von Beginn an aktiv dabei waren.



Internationale Solidarität

Am 11. Mai führte unsere Sektion eine Soli-Aktion für Tran To Nga und allen Agent Orange Opfern durch, die gar internationale Anerkennung erreichte.



Der Einsatz von Agent Orange im Vietnamkrieg war der grösste Fall von chemischer Kriegsführung in der Menschheitsgeschichte. Über 80 Millionen Liter giftiger «Entlaubungsmittel» wurden von der USA gegen die Kräfte der FNL und der vietnamesischen Volksarmee versprüht. Bis heute kämpfen die vier Millionen Opfer in Vietnam für Wiedergutmachung. Keiner der Verantwortlichen wurde bis heute zur Rechenschaft gezogen.

Kampf noch nicht vorbei

Die ehemalige FNL-Kämpferin und selbst Opfer von Agent Orange Tran To Nga führt als letzte Klageberechtigte den Prozess gegen die 14 Produzenten des Kampfstoffes. Da jegliche Klagen in den USA abgewiesen wurden, leitete in Frankreich Nga einen Prozess gegen die Chemieriesen ein. Nach sieben Jahren zäher Verhandlungen, erklärte das zuständige Gericht in Paris am 10. Mai, dass die Klage abgewiesen wird. Die Chemieriesen seien nicht haftbar für die Verbrechen der USA, da sie lediglich im Auftrag der Regierung gehandelt hätten. So Die Begründung der Justiz. Für Tran To Nga ist klar, dass einfach die Argumentation der Multis übernommen wurde. Doch der Kampf ist noch lange nicht zu Ende. Nga erklärte sofort nach der Urteilsverkündung, dass sie gegen diesen Entscheid in Berufung gehen werde. Mit klaren Worten nahm sie Stellung: «Ich führe diesen

Kampf zu Ende, denn dies ist der letzte Kampf meines Lebens!»

Als die Nachricht über den Entscheid des Gerichtes uns erreichte, wurde sofort eine Solidaritätsaktion organisiert. Bereits am 11. Mai, am Folgetag der Ablehnung der Klage, versammelten wir uns trotz Pandemie im Sekretariat der PdAZ. Einige Genossinnen und Genossen brachten spontan Materialien für das Foto mit. So kamen eine Vietnam Fahne, zwei FNL Fahnen und ein Schild mit der Aufschrift «LGBTQ+ Solidarity with Vietnam» zusammen. Eine vietnamesische Genossin unserer Partei brachte ihren Non La mit, einen traditionellen Strohhut.

Grosse Resonanz

Zusammen mit der Solidaritätserklärung der PdAS wurde unser Foto an die Medien, Tran To Nga und nach Vietnam verschickt. Unser bescheidener Beitrag in diesem wichtigen Kampf fand einige Resonanz. In den Folgetagen wurde das Foto mitsamt der Botschaft der PdAS in vielen verschiedenen vietnamesischen Medien, wie der Parteizeitung, dem Radiosender «Stimme Vietnams» und der Zeitung «Vietnam+», sowohl national als auch international veröffentlicht. Weiterhin sind wir solidarisch mit Tran To Nga und allen Agent Orange Opfern und halten euch auf dem Laufenden.

MARIUS KÄCH

Dank und Grüsse aus Vietnam

Anlässlich des 13. Kongress der Kommunistischen Partei Vietnams schickte die PdA Schweiz ihre Glückwünsche den Genoss*innen nach Hanoi. Im Nachfolgenden sind zwei Ausschnitte aus dem Dankesbrief vom Zentralkomitee der KPV, den wir über die vietnamesische Botschaft in der Schweiz erhielten.

Schreiben der Botschaft:

«Liebe Genossinnen und Genossen

Mit der Parole «Solidarität – Demokratie – Disziplin – Innovation – Entwicklung» war der 13. Kongress der Kommunistischen Partei Vietnams ein Erfolg. Der Kongress war eine Begutachtung und Auswertung der 35 Jahre Doi Moi und legte die Orientierung und die Bemühungen der Entwicklung der Wirtschaft Vietnams für die kommende Zeit. [...]

Es ist der vietnamesischen Botschaft in der Schweiz eine Ehre der Partei der Arbeit die Dankesbotschaft und einen Informationsbrief zu senden, über die Resultate des 13. Kongresses der Kommunistischen Partei Vietnams, zugeschickt von der Kommission für äussere Beziehungen des Zentralkomitees der KPV.»

Schreiben vom Zentralkomitee der KPV:

«Im Auftrag des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Vietnams, möchte ich der PdA unseren Dank für die Glückwünsche aussprechen, die wir für unseren 13. Parteikongress erhalten haben. Sie sind eine grosse Quelle der Ermutigung für unseren steten Fortschritt auf dem Weg der Erneuerung (Doi Moi), um ein wohlhabendes Vietnam aufzubauen. (...)

Solidarisch

Hoang Binh Quan

Vorsitzender der Kommission für äussere Beziehungen, Zentralkomitee der KPV»

ZK und PL der PdAS

In der ersten Jahreshälfte traf sich das Zentralkomitee (ZK) im März und im Juni. Die Sitzungen der Parteileitungen fanden hingegen wie üblich monatlich statt. Eines der Schwerpunktthemen für beide Gremien war der bevorstehende Kongress im November.

ZK vom März

Die Sitzung des ZK vom 20. März fand – schon fast überflüssig zu erwähnen – virtuell statt. Die PL hatte die erste ZK-Sitzung im Jahr extra etwas später als üblich angesetzt. Dies in der Hoffnung, sich wieder in Bern treffen zu können. Leider wurde nix daraus.

Die Parolenfassung für die Abstimmungen vom 13. Juni nahm einen wesentlichen Teil der Sitzung ein, galt es doch über fünf Vorlagen zu beschliessen. Einige davon wurden sehr kontrovers diskutiert, wie etwa die Trinkwasserschutz-Initiative. Weiteres Thema war der Verkauf der Liegenschaft in Préverange. Beschlossen wurde, dass der Grossteil der Einnahmen aus dem Verkauf für den Kauf einer neuen Liegenschaft investiert werden muss.

Am Nachmittag war der Kongress das Hauptthema der ZK-Sitzung. Dabei stellte die «AG Kongressvorbereitung» ihre Dokumente vor. Das ZK beschloss einstimmig, dass die Dokumente die Grundlage des Kongresses sind und in den einzelnen Sektionen zu diskutieren sind. Weiter wurden die Vorschläge der neuen graphischen Linie der PdAS vorgestellt, die eingereicht worden waren.

ZK vom Juni

An der Sitzung des ZK vom Juni, die wieder online stattfand, wurde die Unterstützung des Referendums gegen die Abschaffung der Stempelsteuer einstimmig beschlossen, sowie die Parolen für die Abstimmungen im September bestimmt. Dies ging dieses Mal sehr rasch, da beide Vorlagen unbestritten waren und einstimmig beschlossen wurden (Ja zur 99%-Initiative der Juso, Ja zur Ehe für alle).

Viel länger musste über den Kongress diskutiert werden. So wurde unter anderem der Delegiertenschlüssel beschlossen und verschiedene organisatorische Angelegenheiten besprochen. Eine lange Diskussion gab es über die Frage, wer alles als ausländische Gäste am Kongress eingeladen werden soll.

Am Ende wurde entschieden, dass die Botschaften aus Kuba, Venezuela und Vietnam eingeladen werden. Dazu sämtliche KP's der angrenzenden Ländern zur Schweiz (also unsere Nachbarn), sowie die KP Portugal und die Genoss*innen der türkischen SYKP, weil wir zu beiden Organisationen gute Kontakte haben und teilweise mit ihnen zusammenarbeiten.

Parteileitung

Zur Parteileitung (PL) gibt es nicht viel Aufregendes zu berichten, was nicht heisst, dass sie nicht aktiv war. Sie

traf sich regelmässig einmal pro Monat virtuell. Schwerpunkt war oft die Vorbereitung des Kongresses und der Verkauf der Liegenschaft im Préverange, der dank dem grossen Einsatz des Genossen M. Schwarz aus Genf Mitte Juni abgeschlossen werden konnte. Sonst befasste sich die PL mit dem «courant normal», wie unsere Genoss*innen der Westschweiz so schön sagen, und zwar zu nationalen und internationalen Themen. So war auch die Solidarität mit Kuba oft ein Thema.

SIRO TORRESAN

«Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben wird. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt.»

Karl Marx

Genosse Nationalrat

Sowohl in der Frühlingsession (März) wie auch in der Sommersession (Juni) des Nationalrats thematisierte Genosse Denis de la Reussille eine Reihe von Themen. Sämtliche Vorstösse sowie die teilweise vorhandenen Antworten der Landesregierung sind auf parlament.ch nachzulesen.

Kurz zur Begriffserklärung: Mit einer Motion erhält der Bundesrat den Auftrag, einen Entwurf zu einem Erlass der Bundesversammlung vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen. Motionen können von der Mehrheit einer Kommission und während der Session von einer Fraktion oder einem Ratsmitglied eingereicht werden. Einer Motion müssen beide Räte zustimmen.

Mit einer Interpellation verlangt ein Ratsmitglied vom Bundesrat Auskunft über wichtige innen- und ausenpolitische Ereignisse und Angelegenheiten des Bundes. Der Bundesrat antwortet in der Regel bis zur nächsten Session. Unser Genosse Denis de la Reussille macht regelmässig Gebrauch von Interpellationen. Dies unter anderem weil die Presse in der Westschweiz – im Gegensatz zur jener in der Deutschschweiz – viel öfters über die Antworten der Regierung berichtet.



Bessere Arbeitsbedingungen für Temporärangestellte

Genosse Denis reichte mit der Unterstützung (Mitunterzeichner*innen) von Prezioso Batou Stefania (Ensemble a Gauche, GE) und Nicolas Walder (Grüne, GE) folgende Motion ein: Die Coronakrise hat gezeigt, wie äusserst fragil die Arbeitssituation all jener ist, die von einem Personalverleihbetrieb angestellt sind. Über das gesamte Jahr 2020 hinweg verzeichnete die Temporärbranche einen Einbruch um 14,3 Prozent, mit einem Rückgang von fast 23 Prozent im ersten Quartal. Dieser Rückgang markiert einen Wendepunkt, da die Branche der Temporärarbeit bis anhin stetig gewachsen ist: Innert zehn Jahren ist die Anzahl temporärer Arbeitskräfte in der Schweiz gemäss Swisstaffing drastisch angestiegen, von 281 754 Personen im Jahr 2008 auf 408 819 im Jahr 2018. Der Rückgang der Branche hat sich für die meisten

betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einer Beendigung des Einsatzvertrages oder einer Entlassung geäussert.

Die Bezeichnung «temporär», die für die von einem Personalverleihbetrieb angestellten Arbeitskräfte verwendet wird, ist trügerisch: Die durchschnittliche Dauer der Einsatzverträge nimmt seit 2010 stetig zu, und immer mehr Angestellte (vor allem in der Industrie und in der Dienstleistungsbranche) werden mit unbefristeten Arbeitsverträgen angestellt. Gleichzeitig hat sich der Anteil der «temporären» Arbeitnehmenden, die über 55 Jahre alt sind, im Zeitraum von 2002 bis 2018 mehr als verdoppelt. Diese Entwicklungen sind umso mehr besorgniserregend, als die grosse Mehrheit der von einem Personalverleihbetrieb angestellten Arbeitskräfte auf der Suche nach einer Festanstellung sind. Die Forderung der Motion: «Da «temporäre» Arbeitskräfte vollwertige Ar-

beitnehmende sind, beauftragen wir den Bundesrat, einen Gesetzesentwurf auszuarbeiten, mit dem das Anrecht auf Kurzarbeit auf temporäre Arbeitskräfte ausgeweitet wird, damit auch sie von denselben Massnahmen zur Vermeidung von Entlassungen profitieren können.»

Wann die Motion im Nationalrat behandelt wird, ist noch offen.

Nur die Schweiz dagegen

Die Generaldirektorin der Welt handelsorganisation (WTO) und der Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zeigten sich sehr erfreut über die Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten, den Vorschlag zur temporären Aufhebung des Schutzes des geistigen Eigentums für Impfstoffe gegen Covid-19 zu unterstützen. Der WHO-Generaldirektor hat die Erklärung sogar als historisch bezeichnet. Der Vorschlag wurde von der grossen Mehrheit der Länder und

der internationalen Organisationen sehr positiv aufgenommen. Es bleibt praktisch nur noch die Schweiz, die sich weigert, darauf einzugehen. Unser Vertreter bei der WTO hat die Position des Bundesrats wiederholt: Es soll verhindert werden, dass die Pharmaunternehmen vor Innovationen zurückschrecken. Der aktuelle Stand ist jedoch aufschlussreich: Die überwiegende Mehrheit der Impfungen wurde in den reichen Ländern verabreicht, während in den Entwicklungsländern nur 0,3 Prozent verabreicht wurden. Genosse Denis stellte in seiner Interpellation folgende Fragen an den Bundesrat:

- Kann uns der Bundesrat erklären, inwiefern Grosszügigkeit und Solidarität in Zeiten der Pandemie die Innovation bremsen würden?

- Denkt der Bundesrat tatsächlich, dass sein Starrsinn der beste Weg ist, um ein gutes Bild unseres Landes abzugeben?

- Die Position und die Argumente des Bundesrates sind in allen Punkten mit der Position und den Argumenten der Pharmaindustrie identisch. Müssen wir daraus schliessen, dass er dieser Industrie unterworfen ist?

Die Antwort der Regierung steht noch aus.

Misstände in den Bundesasylzentren

Amnesty International hat sich besorgt über die Vorkommnisse in den Bundesasylzentren der Kantone Basel, Freiburg, Neuenburg und Waadt geäussert; dort kam es zu Gewalt und Misshandlungen, die manchmal einer Folter gleichkommen. In diesen Kantonen hat das Staatssekretariat für Migration (SEM) für die Gewährleistung der Sicherheit Verträge mit privaten Unternehmen abgeschlossen. Diese Unternehmen vertrauen die Ausführung dieser Arbeit offensichtlich einem Sicherheitspersonal an, das weder genug geschult noch ausreichend qualifiziert ist. Das Personal, das von Situationen überfordert ist, mit denen es nicht umzugehen weiss, greift manchmal auf unmenschliche Methoden zurück. Solche Verhältnisse sind nicht akzeptabel, vor allem nicht in unserem Land, das sich als Hüter der Menschenrechte präsentiert.

- Wie antwortet der Bundesrat auf den Bericht von Amnesty International über die teils katastrophale Lage in den Bundesasylzentren?

- Innert welcher Frist gedenkt der Bundesrat, in dieser Lage Abhilfe zu schaffen?

- Welche zusätzlichen Mittel gedenkt der Bundesrat zur Verfügung zu stellen, um die Sicherheit der Menschen in diesen Asylunterkünften tatsächlich zu gewährleisten?

Die Antwort der Regierung steht noch aus.

Will der Bundesrat den Ruin der Post?

Der Konzernleiter der Post, Roberto Cirillo, warnte vor dem Projekt des Bundesrates Postfinance zu privatisieren. Nach Aussagen von Cirillo würden der Post aufgrund dieser Pläne jährlich 300 Millionen Franken wegfallen, was massive Auswirkungen auf die Funktionsweise des Unternehmens hätte. Ein solcher Verlust würde zahlreiche Arbeitsplätze bedrohen und die Schliessung einer Vielzahl von Poststellen in einem bereits stark geschwächten Netz nach sich ziehen. «Beabsichtigt der Bundesrat, den Status der Post zu überdenken, und ist er sich der Konsequenzen einer möglichen Privatisierung der Postfinance bewusst?», fragte Genosse Denis in seiner Interpellation. Und weiter: «Verfolgt der Bundesrat eine versteckte Agenda, die zu einer Privatisierung der Briefzustellung führen und somit dramatische soziale Folgen nach sich ziehen würde?»

Der Bundesrat hält in seiner Antwort fest, Postfinance privatisieren zu wollen. Er bestätigt, dass dies zu «einer Neuausrichtung der Grundversorgung im Bereich Post- und Zahlungsverkehr» kommen muss. Somit bestätigt die Regierung indirekt, dass der Ausfall der von Denis genannten 300 Millionen ein tatsächliches Problem ist. Eine «Expert*innengruppe» sei daran, mögliche Lösungen auszuarbeiten. Der Bund will bis Ende 2021 seine Pläne dazu vorstellen. Und in Sachen Privatisierung der gesamten Post hält der Bundesrat fest: «Er ist der Ansicht, dass eine spezialgesetzliche Aktiengesellschaft in Bundesbesitz die angemessene Unternehmensform für die Garantie eines qualitativ hochstehenden Service Public darstellt.» Die Frage sei aber trotzdem erlaubt: Wie lange noch ist der Bundesrat dieser Meinung? Die Zukunft wird die Antwort liefern.

Rumstehende Beatmungsgeräte

Zu Beginn der Gesundheitskrise im vergangenen Jahr kaufte die Armee im Auftrag des Bundesamts für Gesundheit (BAG) 1700 Beatmungsgeräte. Die Kosten beliefen sich auf 65 Millionen Franken, was einem gerundeten Betrag von 38000 Franken pro Beatmungsgerät entspricht. Der Bedarf der Kantone war schlussendlich aber nicht so hoch wie erwartet. Im dem Höhepunkt der Gesundheitskrise im vergangenen Jahr stellte die Armee den Kantonen 753 Beatmungsgeräte zur Verfügung. Zurzeit (März 2021) dürften in den bundeseigenen Depots 1098 Beatmungsgeräte gelagert sein. In seiner Interpellation stellte Denis zwei wichtige Fragen: «Hat der Bundesrat einen Plan, der eine andere Verwendung der wertvollen Beatmungsgeräte als ihre Lagerung in den bundeseigenen Depots vorsieht?» Und: «Beabsichtigt der Bundesrat, seine Solidarität mit ärmeren Ländern zu zeigen, indem er ihnen diese Ausrüstung anbietet, die für die Behandlung der am schwersten von Covid-19 Betroffenen unerlässlich ist?»

Der PdA-Nationalrat schaffte es mit seiner Anfrage, dass die Regierung über die Bücher musste. In ihrer Antwort informierte sie dann, dass gut 500 «veraltete Geräte ausgetauscht wurden» und somit «nur» noch etwa mehr als 500 nutzlos in den Bundeslagern rumstehen würden. Weiter schreibt der Bundesrat in seiner Antwort: «Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) und die Interdepartementale Arbeitsgruppe medizinische Güter (IDAG) haben sich darauf verständigt, dass 300 Geräte für die humanitäre Auslandhilfe zur Verfügung gestellt werden können.» Und «Gesuche von weiteren interessierten Ländern werden derzeit im Ressourcenmanagement Bund in Zusammenarbeit mit der IDAG und der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) geprüft» Wir fügen hinzu: Nach Kuba werden die Geräte nicht geliefert werden, weil sich die Schweiz der völkerrechtswidrigen US-Blockade freiwillig unterwirft.

Was sagt die PdAS?

Die PdAS hat wie üblich eine Reihe von Stellungnahmen zu nationalen und internationalen Themen veröffentlicht. Hier eine chronologische Zusammenfassung im Sinne eines Rückblicks. Die Texte in voller Länge sind auf www.pda.ch zu lesen.

100 Jahre der KPS

Am 5. und 6. März 1921 trafen sich 137 Genoss*innen in der Zürcher «Eintracht» und gründeten die Kommunistische Partei der Schweiz (KPS). Es war ein Zusammenschluss von Mitgliedern des linken Flügels der SP, die ihre Partei verlassen hatten, und den sogenannten «Altkommunisten». 1922 veröffentlichte die Partei ihr erstes Programm. Es beinhaltete sofortige Forderungen wie: Die Wiederaufnahme der Handels- und diplomatischen Beziehungen mit der UdSSR, die vollkommene gesellschaftliche und rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau, die Trennung zwischen Kirche und Staat wie auch zwischen Kirche und Schule. In ihrem allgemeinen langfristigen Programm schlug die KPS eine Kontrolle der Produktion und der Preise durch die Organisationen des Proletariats, die Annullierung aller öffentlichen Schulden, die Verstaatlichung der Banken, die Enteignung der Grossunternehmen und die Kontrolle der landwirtschaftlichen Produktion durch den Bund vor.

4. MÄRZ 2021

Nationalrat stimmt gegen die US-Blockade

Der Nationalrat stimmte am 9. März 2021 mit 98 gegen 89 Stimmen dem Postulat 20.4332 «US-Blockade gegen Kuba aktiv bekämpfen zugunsten einer der ärmsten Bevölkerungen weltweit» zu. Dies gegen den Willen des Bundesrats, der sich für eine Ablehnung ausgesprochen hatte. Die PdAS ist über die Annahme des Postulats höchst erfreut. «Es ist ohne Wenn und Aber einen Sieg der Solidaritätsbewegung mit Kuba», hält Gavriel Pinson, Präsident der PdAS, in einer ersten Stellungnahme fest. So sieht das Postulat ein konkretes Engagement der Eidgenossenschaft in den UN-Gremien vor, um «den Druck für eine Deblockierung auf die neue US-



Regierung zu erhöhen.» Weiter muss nun der Bundesrat auch «Massnahmen überprüfen, damit Handel und Investitionen mit Kuba aus der Schweiz heraus ermöglicht werden.» Der Bundesrat hat nun zwei Jahre Zeit, das Postulat zu erfüllen.

9. MÄRZ 2021

Erfreuliche Wahlergebnisse im Kanton VD

David Payot in Lausanne sowie Karine Clerc und Didier Divorne in Renens wurden alle drei in die Exekutive ihrer Gemeinde wiedergewählt. Bravo! In der Waadtländer Hauptstadt Lausanne, der viertgrössten Stadt der Schweiz, erzielte David Payot auch im zweiten Wahlgang ein Glanzresultat. Er strafte alle Medien Lügen, die ihn bereits vor dem ersten Wahlgang als Verlierer der Wahlen abgestempelt hatten. In Renens konnten Karine Clerc und Didier Divorne den Angriff der FDP auf einen der beiden Sitze erfolgreich abwehren. Die breite Unterstützung durch die Bevölkerung unserer drei Vertreter*innen beweist, dass ihre Arbeit in den letzten fünf Jahren Früchte getragen und die kämpferische Linke ihren fixen Platz in der Exekutive hat. Sehr erfreulich ist auch das Resultat bei den Wahlen für die Legislative in den

verschiedenen Gemeinden des Kantons: Die Partei hat insgesamt 32 Gewählte, sieben mehr als bei den Wahlen 2016, verteilt auf elf Gemeinden.

28. MÄRZ 2021

Unblock Cuba

Am Samstag, den 17. April 2021, startet die europäische Solidaritätsaktion «Unblock Cuba». Über 100 Organisationen, darunter auch die Partei der Arbeit der Schweiz aus 27 Ländern fordern ein Ende der von der US-Regierung verfügten Wirtschaftsblockade gegen Kuba und ein aktives Handeln der europäischen Regierungen. Die Solidaritätsaktion richtet sich nicht nur gegen die Blockadepolitik der USA. Sie wendet sich auch gegen die inkonsequenten Haltungen der europäischen Regierungen. Zwar bekunden die meisten EU-Staaten öffentlich ihre Ablehnung der Blockade und stimmen regelmässig auf UN-Vollversammlungen für deren Verurteilung. Allerdings belassen sie es bei wohlfeilen Worten, und gehen nicht gegen die Blockadegesetze vor, die auch den Handlungsspielraum europäischer Unternehmen rechtswidrig einschränken.

17. APRIL 2021

Aufruf der PdAS zum Strike for Future

Das Phänomen der globalen Erwärmung durch Treibhausgasemissionen, die Zerstörung der Biosphäre durch die Umweltverschmutzung und die damit verbundenen Gefahren sind längst bekannt. Aber bisher wurde von offizieller Seite fast nichts Ernsthaftes unternommen, um diese Phänomene zu stoppen. Die bürgerlichen Regierungen zogen es vor, die kurzfristigen Interessen der Grossunternehmen um jeden Preis zu schützen. Um dies zu ändern, braucht es den Druck der Strasse. Die PdAS schliesst sich daher dem Strike for Future vom 21. Mai an. Sie ruft alle auf, an den Aktionen teilzunehmen, die in der ganzen Schweiz geplant sind.

18. MAI 2021

Die PdAS unterstreicht ihr Nein zur EU

Nach dem definitiven Scheitern des Rahmenabkommens mit der EU äusserten verschiedene Parteien wie die SP und die Grünliberalen den Wunsch, der EU beizutreten. Die PdAS unterstreicht hingegen ihr entschiedenes Nein zum Beitritt der Schweiz in die EU. Die EU dient der Durchsetzung der kapitalistischen und imperialistischen Interessen der Herrschenden und der Grosskonzerne. Die PdAS setzt sich für ein Europa ein, das auf Werten wie Toleranz, Solidarität, Frieden und Antifaschismus beruht. Basierend auf diesen Werten setzen wir uns für neue Abkommen mit den europäischen Ländern ein. Weiter hält die PdAS fest, dass es keine Demokratie ohne Souveränität gibt. Daher müssen die Schweizer Behörden, insbesondere die Justiz, ihre Unabhängigkeit von Gremien der EU sowie der Nato bewahren.

9. JUNI 2021

Rententalter der Frauen*

Wenig überraschend stimmte der Nationalrat am 9. Juni der Erhöhung des Frauen*rentenalters zu. «In ihrer ganzen Geschichte kämpfte die Partei der Arbeit für sichere und solidarische Renten. Wir werden es auch dieses Mal tun», kommentierte Gavriel Pinson, Präsident der PdAS, den Entscheid. Er fügte hinzu: «Ich bin sicher, dass eine breite Front fortschrittlicher Kräfte das Referendum gegen diesen erneuten Ver-

such eines Sozialabbaus auf dem Buckel der Frauen* ergreifen wird. Uns erwartet ein harter Kampf.» Zwei Jahre nach dem historischen Frauen*streik vom 14. Juni 2019 werden zentrale Forderungen der Frauen*bewegung weiterhin ignoriert. Die tieferen Löhne, Teilzeitpensen und unbezahlte Arbeit führen zur heutigen skandalös schlechten Rentensituation der Frauen*. So erhalten Frauen* nach wie vor ein Drittel weniger Rente als Männer*. Die neue Reform führt dazu, dass jede Frau* 1200 Franken jährlich an Rente verlieren wird. Dies alles ist unakzeptabel. Die PdAS ruft alle fortschrittlichen Kräfte in der Schweiz auf, die vom Nationalrat beschlossene AHV-Reform gemeinsam zu bekämpfen.

10. JUNI 2021

Abstimmungen

Besorgt ist die Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS) über das Ja zum so genannten Anti-Terror Gesetz. Die PdAS hatte bereits das Referendum unterstützt und das Gesetz bekämpft. «Die Annahme dieses Gesetzes ist ein schlechtes Resultat für die Demokratie in unserem Lande», kommentierte Gavriel Pinson, Präsident der PdAS, das Ergebnis an der Urne. Die meisten der vorgesehenen Massnahmen können nun ohne Beweise auf blossen Verdacht hin angeordnet werden. Für einen Verdacht reicht das Bestehen von «Anhaltspunkten», dass die betroffene Person «eine terroristische Aktivität ausüben wird», unter anderem durch die «Verbreitung von Furcht und Schrecken», hält das Gesetz fest. «Daher können auch bisher legale politische Aktivitäten darunterfallen», rief PdA-Präsident Pinson allen in Erinnerung.

Eine Mehrheit des Zentralkomitees der PdAS hatte sich für die Annahme des Covid-Gesetzes ausgesprochen. Dies, obwohl unsere Partei einer Erweiterung der Befugnisse für den Bundesrat grundsätzlich sehr kritisch gegenübersteht. «Wir werden genau hinschauen, wie der Bundesrat seine zusätzlichen Befugnisse einsetzt», erklärte Gavriel Pinson, Präsident der PdAS dazu. Eine Ablehnung des Gesetzes hätte die zur Überwindung der Krise eingeführten staatlichen Finanzhilfen ernsthaft gefährdet. Dies hätte vor allem für kleine Unternehmen und zahlreiche Arbeiter*innen eine grosse Unsicherheit bedeutet und in die Prekarität gestürzt.

13. JUNI 2021

UN-Generalversammlung verurteilt die US-Blockade gegen Kuba

184 Nationen haben für die kubanische Resolution zur Verurteilung der Blockade gestimmt, zwei (USA, Israel) dagegen und drei enthielten sich. Somit wurde die völkerrechtswidrige Blockade zum 29. Mal in Folge von der UN-Generalversammlung verurteilt! Die PdAS gratuliert der kubanischen Bevölkerung und ihrer sozialistischen Regierung zu diesem erneuten Erfolg. Die Blockade versucht Kuba, ein freies und souveränes Land, unter koloniale Vormundschaft zu stellen und der Insel ein anderes Gesellschaftssystem aufzuzwingen. Das wird nicht gelingen. Die PdAS verlangt das Ende der Blockade und fordert die Schweizer Regierung auf, sich für deren vollständige und schnelle Beendigung einzusetzen, wie das am 9. März 2021 auch im Nationalrat beschlossen wurde.

Um das Ende der Blockade zu erzwingen, braucht es Protest auf allen Ebenen. Die PdAS fordert daher alle auf, sich aktiv für Kuba zu engagieren und wird selber nicht nachlassen in ihrer Solidarität.

Die PdAS spricht der kubanischen Bevölkerung ihre Hochachtung aus, dass sie ihre Souveränität trotz des Leids entschlossen verteidigt und grosszügig selbst in Krisenzeiten anderen Ländern beisteht, wie die für den Friedensnobelpreis vorgeschlagenen medizinischen Brigaden zeigen. Eine kleine Insel, ein grosses Volk!

Viva Cuba!

24. JUNI 2021

